

## Pressemitteilung

---

Sonntag, 9. März 2014

Anschlusskundgebung zur Massenpetition: „JA zur Energiewende: NEIN zur Kohlestromautobahn durch Bayern“

### **Verrat an Bayern im „Wunschkonzert der Lobbyisten“**

Fast 1000 Menschen kommen zur Abschlusskundgebung gegen die Stromtrasse

Fabian Mehring, Vizebezirkschef der FREIEN WÄHLER in Schwaben, ist sichtlich gerührt, als er am gestrigen Samstag gegen 16 Uhr an das Mikrofon der Gemeindehalle seines Heimatortes Meitingen tritt. Gemeinsam mit dem Landtagsabgeordneten Bernhard Pohl hatte Mehring vor einem Monat eine Massenpetition mit dem Titel „JA zur Energiewende: NEIN zur Kohlestromautobahn durch Bayern“ auf den Weg gebracht. Binnen vier Wochen wollten die beiden FW-Politiker 10 000 Unterschriften für ihren Vorstoß sammeln, mit dem sie die „sofortige und vorbehaltlose Einstellung“ der aktuellen Pläne des Netzbetreibers Amprion fordern. Im Januar war bekannt geworden, dass die Firma eine 450 Kilometer lange Stromautobahn quer durch Bayern errichten will. Auf bis zu 80 Meter hohen Masten von der Breite einer sechsspurigen Bundesautobahn soll damit Strom aus den Braunkohlerevieren in Sachsen-Anhalt nach Meitingen gebracht werden, wo auf der Fläche von 150 000 Quadratmetern ein gigantisches Umspannwerk gebaut werden soll. Statt der ursprünglich avisierten 10 000 Unterschriften hatten zum Ablauf der Zeichnungsfrist am vergangenen Mittwoch bereits fast 22 000 Menschen ihren Namen unter die Petition von Pohl und Mehring gesetzt.

Gestern hatten die FREIEN WÄHLER deshalb zu einer landesweiten Abschlusskundgebung nach Meitingen eingeladen und fast 1000 Menschen aus ganz Bayern sind gekommen, um gemeinsam ein starkes Signal gegen die geplante „Monstertrasse“ nach München und Berlin zu entsenden. Bereits im Vorfeld der Großveranstaltung hatte die Bürgerinitiative ProWind-Lechtal eine Traktorensternfahrt durch das Marktgebiet veranstaltet. Pünktlich zu Beginn der Kundgebung trafen deshalb zahlreiche Schlepper mit großen Transparenten unter dem riesigen Applaus der Kundgebungsteilnehmer auf dem Veranstaltungsgelände ein. Eilig hatte der Ortsverband der FREIEN WÄHLER über Nacht noch eine Videoübertragung auf den Vorplatz organisiert als absehbar wurde, dass die verfügbaren 400 Plätze in der Halle nicht für den gewaltigen Ansturm der zahllosen Gäste ausreichen würde.

In seiner kämpferischen Rede erläuterte Mehring schließlich unter dem tosenden Beifall der vielen hundert Teilnehmer, die zahllose bunte Transparente mit nach Meitingen gebracht haben, weshalb die FREIEN WÄHLER so vehement gegen die geplante Stromautobahn von Bad Lauchstädt nach Meitingen eintreten. „Wir sind nicht gegen einen sinnvollen Netzausbau, keine Anhänger des St.-Florian-Prinzips und schon gar nicht gegen die Energiewende. Aber der Bau eine Kohlestromtrasse ist nachhaltig der falsche Weg. Wir sind nicht aus der Atomkraft ausgestiegen um in die Braunkohle einzusteigen“, so der FW-Politiker. Außerdem müsse ihm zufolge kein Mitarbeiter eines bayerischen Unternehmens

Angst haben, dass in seiner Firma auch nur eine Schreibtischlampe ausgeht, wenn die Trasse nicht gebaut wird, so Mehring. Schließlich plane die Bundesnetzagentur auch für die Zeit nach dem Atomausstieg mit einem Export von 5,5 Gigawatt Strom in das benachbarte Ausland. Nachdrücklich warnte Mehring auch vor der vom Bundesgesetzgeber geschaffenen Gesetzeslage, die keinerlei gesetzlich garantierte Mindestabstände zwischen Wohnhäusern und der 1 Million-Volt-Trasse vorsehe und sogar Zwangsenteignungen zugunsten des Trassenbaus erlaube. Schließlich verwies er darauf, dass bislang noch keinerlei Langzeitstudien über etwaige Gefahren für Mensch und Natur bestehen würden, die aus der europaweit noch nicht eingesetzten Gleichstromtechnik resultieren könnten. Mehring: „Das einzige was wir aus dem Einsatz dieser Technik beispielsweise in Australien wissen, ist dass bei einer unterirdischen Verlegung der Kabel darüber nichts mehr wächst. Wir sollten es nicht machen wie bei der Atomkraft und alles solange für sicher halten, bis uns die Realität vom Gegenteil überzeugt“. Folgerichtig schloss Mehring seine Rede mit dem nachdrücklichen Appell an Bayerns Ministerpräsident: „Herr Seehofer, blasen Sie dieses irrsinnige Milliardenprojekt ab“.

Wissenschaftliche Unterstützung für seine Argumentation erhielt der FW-Politiker aus berufenem Munde. Prof. Christian von Hirschhausen, ehemals Direktor des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und heute Leiter des Instituts für Infrastrukturpolitik an der TU Berlin hatte eigens eine Videobotschaft an die Meitinger Versammlung aufgezeichnet. Darin machte der renommierteste Energieexperte der Bundesrepublik eindeutig klar, dass es sich bei der geplanten Stromautobahn durch Bayern um eine reine Kohlestromtrasse handelt, die für die Versorgungssicherheit des Freistaats auch nach dem Atomausstieg nicht benötigt wird.

So argumentierte nicht zuletzt auch der Landtagsabgeordnete Bernhard Pohl. Das geplante Milliardenprojekt bezeichnete er als „Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Sachsen-Anhalt, Sachsen, Leipzig und die Lausitz“. Durch den Import von Braunkohlestrom, der einzig aufgrund gigantischer Subventionen derzeit billig sei, würde der zielgerichtete Ausbau der erneuerbaren Energien in Bayern unrentabel. „Diese Trasse würde das Ende der Energiewende in Bayern zugunsten des Braunkohlebergbaus in Ostdeutschland markieren. Das kann nicht im Interesse Bayerns sein“, so Pohl. Sollte die Energiewende trotz dem Bau des Projektes gelingen, hätte man es zeitnah mit einer 450 Kilometer langen Bauruine quer durch den Freistaat zu tun. Unter dem heftigen Applaus der Zuhörer erinnerte Pohl schließlich auch daran, dass die CSU-Bundestagsfraktion und die Bayerische Staatsregierung das umstrittene Projekt mit eigener Stimme in Bundesrat und Bundestag mitbeschlossen haben. „Es ist gut, dass jetzt auch die CSU gegen die Trasse ist, aber sie kämpft damit gegen ihren eigenen Beschluss“. Die zahllosen Bürgerinitiativen gegen die Stromtrasse in ganz Bayern ermutigte Pohl den politischen Druck solange aufrecht zu erhalten, bis das Projekt rechtsverbindlich beendet sei. „Auf ein Moratorium bis nach den Wahlen wollen und können wir uns nicht verlassen“, so Pohl.

Den Saal zum kochen brachte schließlich FW-Bundesvorsitzender Hubert Aiwanger. Er geißelte das umstrittene Milliardenprojekt in einer emotionalen Rede als das Ergebnis eines „Wunschkonzerts der Lobbyisten“, zu deren Gunsten man die Interessen Bayerns verraten hätte. Die Energiewende könne in seinen Augen nicht gegen die Bürger funktionieren sondern nur mit ihnen. Die Trasse stehe einer dezentralen Bürgerenergie-wende allerdings diametral entgegen und würde Bayern in die Abhängigkeit von Braunkohlestandorten in anderen Bundesländern treiben. Man müsse zeigen, so Aiwanger, dass die Energiewende

vor Ort funktionieren könne. Die Technik hierzu sei längst ausgereift, werde aber zugunsten der Monopolisten auf dem Energiesektor durch die Politik verhindert. Dies bestätigte anschließend Gottfried Schrag, Vorsitzender der Bürgerinitiative ProWind Lechtal, der davon berichtete, welche riesigen staatlichen Widerstände beim Bau eines Windrades bestehen würden. Mit Blick auf das Engagement der zahllosen Bürgerinitiativen wettete Aiwanger „seinen Kopf“, dass die Trasse nicht gebaut wird. „Es ist trotzdem traurig, dass die Bevölkerung das erzwingen muss, weil die Politik nicht für Bayern denkt, sondern sich den Profitinteressen internationaler Großkonzerne unterwirft“, so der Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag. Umso mehr versprach der FW-Politiker den Menschen in Meitingen, nicht von der Seite der engagierten Bürger zu weichen: „Eher wird diese Trasse auf dem Mond gebaut, als durch unsere bayerische Heimat“, so die klare Botschaft Aiwangers.

Darauf wie es auch anders gehen könnte, verwies zum Abschluss der Versammlung der FW-Energieexperte Dr. Markus Brem, der eine dezentrale Umsetzung der Energiewende forderte, welche die Wertschöpfungspotenziale des Atomausstiegs vor Ort generiert. „Weshalb sollten wir eine 450 Kilometer lange Trasse bauen, um die mit der Energiewende verbundenen Gewerbesteuern und Arbeitsplätze einem Dortmunder Konzern zu sichern?“, so die rhetorische Frage Brems.